



# Interviews

**27. April 2024**

**Jürgen Zurheide im Gespräch mit Andreas Jung**

**Zurheide:** Hat Wirtschaftsminister Habeck respektive das Wirtschaftsministerium beim Atomausstieg getrickst? Diese Frage steht im Raum, seit einige interne Dokumente durch eine Recherche von Cicero, der Kolleginnen und Kollegen von Cicero öffentlich geworden sind. Wirtschaftsminister Habeck musste sich verteidigen. Hat er gestern getan. Und da hören wir mal rein, wie er das denn gemacht hat.

„Entscheidend ist, dass ich in den wirklich relevanten Runden – und das sind die Runden mit den Versorgungsbetreibern, also RWE, EnBW und Eon – immer die richtigen Fragen stellen konnte. Und da bin ich sicher, dass die gestellt wurden. Insofern ist also die Annahme, dass da eine Art Geheimwissen wäre, das mich nicht erreicht hätte, falsch.“

**Zurheide:** Also kein Geheimwissen. Das mögen der eine oder andere anders sehen. Einen haben wir jetzt am Telefon. Andreas Jung für die CDU, auch für Energiepolitik und Klimafragen zuständig, erst mal schönen guten Morgen, Herr Jung.

**Jung:** Guten Morgen, Herr Zurheide.

**Zurheide:** Herr Jung, gestern hat es da eine Sondersitzung gegeben. Was hat das gebracht?

**Jung:** Es hat zu wenig gebracht. Es ist dort noch nicht einmal das vorgelegt worden, was dem Cicero schon vorliegt. Das wäre doch das Mindeste gewesen. Dem Cicero liegen zwei dicke Aktenordner vor. So heißt es in dem dortigen Bericht. Und wir haben gestern etwa 20 Seiten Papier bekommen. Und der Deutsche Bundestag ist aber doch der Ort, wo jetzt Aufklärung stattfinden muss. Da muss doch mindestens das auf den Tisch gelegt werden, was Cicero schon hat. Das hatte ich gestern von

Robert Habeck auch erwartet. Der hat zugesagt, dass weitere Unterlagen kommen. Das hätte am besten aber gestern schon stattgefunden.

**Zurheide:** Welche Vorwürfe erheben Sie denn im Moment?

**Jung:** Es steht im Raum, dass die Ministerien geführt wurden wie grüne Zentralen und nicht wie objektive Behörden. Es steht die begründete Annahme im Raum, dass Robert Habeck öffentlich erklärt hat, wir machen eine ergebnisoffene Prüfung. Er, so wörtlich, habe da ideologisch nichts dagegen, sei ideologisch nicht Gegner einer Verlängerung. Dass aber im Ministerium, man muss sagen in den Ministerien, mit Verdrehung von Fakten an einem vorgegebenen Ziel gearbeitet und das entsprechend durchgesetzt wurde, das muss aufgeklärt werden.

**Zurheide:** Auf der anderen Seite, ist es nicht ein – frage ich jetzt Sie – ein normaler Vorgang? Im Ministerium gibt es möglicherweise auch unterschiedliche Ansichten. Da gibt es fachliche Fragen und dann gibt es am Ende politische Bewertungen. Und dass das irgendwo mal zusammengeführt wird, und dass an einem bestimmten Punkt auch politische Bewertungen da reinkommen, das wird in CDU und CSU geführten Ministerien doch nicht anders sein. Oder habe ich da was nicht verstanden?

**Jung:** Zusammenführen ist gut. Verdrehen und gar umkehren ist aber falsch und dann ein Problem. Und genau das ist ja die Frage, die im Raum steht. Im Umweltministerium, die, die dort für Sicherheit zuständig sind, sind offenkundig zu dem Ergebnis gekommen, dass aus dem Aspekt der nuklearen Sicherheit eine Verlängerung vertretbar sei. Herausgekommen ist aber dann, indem es oben vorgelegt wurde, das Gegenteil, was auch an das Wirtschaftsministerium ging. Im Wirtschaftsministerium hat das zuständige Referat für Versorgungssicherheit erklärt, eine Verlängerung könnte einen relevanten Beitrag leisten zur Versorgungssicherheit und könnte die Preise dämpfen. Dieser Aspekt ist aber dann in der Vorlage an die Minister gar nicht mehr vorgekommen bzw. in das Gegenteil verkehrt worden. Und das ist doch die entscheidende Frage, dass am Ende politisch entschieden wird, die Ampel ja auch politisch diskutiert hat, es dort unterschiedliche Positionen gab und Argumente und Fakten gewichtet werden. Das ist das eine. Aber man darf doch die Erwartung ha-

ben, dass in den Ministerien, die eben keine grünen Parteizentralen, sondern objektive Behörden sind, dass dort Argumente objektiv aufgearbeitet und entsprechend auch aufbereitet werden für die politische Entscheidung.

**Zurheide:** Aber es hat ja eine breite, öffentliche Debatte gegeben. Also die Argumente, die wir jetzt alle hören, also für mich waren die jetzt nicht neu. Ist da für Sie irgendetwas Neues, was Sie bisher entdeckt haben?

**Jung:** Na ja, was neu ist, das werden wir dann beurteilen können, wenn wir die Akten haben. Die hat der Minister aber ja gestern im Ausschuss nicht vorgelegt. Nur einen ganz kleinen Auszug. Das sind namentlich Stellungnahmen der Betreiber. Die sind interessant, aber relevant ist ja, wie das im Ministerium vonstattenging. Interessant und neu wäre ja schon zu wissen, wenn diejenigen, die in der Bundesregierung für diese Fragen zuständig sind, eine Position vertreten haben, gegen die dann entschieden wurde. Das ist schon eine sehr relevante Frage. Und das wäre eine neue Sache auch. Und welche Qualität das hat, das werden wir beurteilen können, wenn die Akten vorgelegt werden. Ich sage es jetzt einfach mal so: Die müssen am Montag kommen. Die sind ja aufbereitet. Die sind bereits an Cicero gegangen. Da muss jetzt nicht noch mal etwas aufgearbeitet und geschwärzt werden. Schon in den Unterlagen, die wir haben, sind Dinge geschwärzt. Das, was an Cicero gekommen ist, muss am Montag bei uns im Bundestag ankommen, dann können wir Ihre Fragen noch besser beantworten.

**Zurheide:** Gut, dann müssen wir im Zweifel dann noch mal eine Diskussion auch mit Ihnen führen. Aber noch mal zu diesem Grundproblem. Ich meine, die Koalition war damals nicht einer Meinung. Und am Ende hat es eine Entscheidung des Bundeskanzlers gegeben, der von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht hat. Und noch mal, ich sage es: Es hat ja eine breite, öffentliche Debatte stattgefunden. Die Union sieht das – bis heute – anders, also die Atomfrage. Richtig?

**Jung:** Es hat eine öffentliche Debatte stattgefunden. Die ist dann entgegen dem Votum, über das wir gesprochen haben, der grünen Ministerien ausgegangen durch die Richtlinienentscheidung, wenn Sie so wollen, des Machtwortes des Bundeskanzlers. In der Sache haben wir diese Entscheidung kritisiert, weil für uns nicht nachvollziehbar war, dass wenn man sagt, in der Energiekrise brauchen wir jetzt alle Potenziale

und dann müssen wir auch diese drei Kernkraftwerke weiterlaufen lassen, weil man diese Entscheidung für einen Winter getroffen hat, aber nicht für zwei Winter und nicht gesagt hat, in der Energiekrise gilt es jetzt einfach, da müssen wir die Potenziale, die wir haben, nutzen und bauen die nicht zurück. Und das ist in der Tat die politische Debatte, die wir anders sehen. Und heute, ein Jahr später, wissen wir, dass durch diese Entscheidung Deutschland zum Stromimporteur geworden ist und neben Strom aus Erneuerbaren Energien noch erhebliche Anteile aus Kernenergie, Atomkraft aus Frankreich und fossile Energie importiert hat – unmittelbare Auswirkung dieser Entscheidung.

**Zurheide:** Auf der anderen Seite wissen Sie natürlich auch, dass die Konzerne überwiegend gesagt haben, das wird schwierig. Sie wussten, da stehen Sicherheitsprüfungen an. Und wir sehen übrigens gerade in Frankreich, wie das aussieht mit alten Kernkraftwerken. Auch heute Morgen haben wir noch ein Interview hier von Professor Burger vom Fraunhofer Institut gehabt. Der hat gesagt, die Brennelemente waren weitgehend ausgelutscht. Und wir beide wissen, wo die Brennelemente herkommen. Also, wäre das wirklich sinnvoll gewesen, eine recht teure Energie, die 3 Prozent, glaube ich, beiträgt zum Energieverbrauch, da zu führen? Obwohl, wir führen jetzt eigentlich eine rückwärtsgewandte Debatte, oder?

**Jung:** Na, wir führen jetzt die Debatte über die Entscheidung seinerzeit. Deshalb hatten wir ja das Gespräch vereinbart. Und natürlich ist es eine Frage, die in die heutige Zeit reicht. Ich habe gerade ja die Auswirkungen beschrieben. Und der Beitrag war schon relevant, übrigens auch regional noch mal unterschiedlich. Und die Situation bei den Betreibern war unterschiedlich. Teilweise waren die Brennelemente quasi verbraucht und hätten nur noch kurze Zeit genutzt werden können. Teilweise wäre aber auch ein längerer Betrieb – wir sprechen ja hier über die Frage: Wäre es möglich gewesen, statt über einen Winter für zwei Winter in der Energiekrise Kernkraft zu nutzen? Wäre möglich gewesen. Teilweise hätten Brennelemente bestellt werden können. Da haben die Betreiber draufhingewiesen. Gerade in der seinerzeitigen Situation waren die Lieferzeiten kürzer als üblich aus dem von Ihnen genannten Grund, weil viele Kernkraftwerke in Frankreich stillstanden, heruntergefahren waren, deshalb keine neuen Brennelemente bestellten. Das heißt, auf diesem Markt gab es eine gewisse Entspannung. Es wäre übrigens auch so gewesen, dass die nicht hätten – darauf haben Sie angespielt – aus Russland kommen müssen, sondern von anderen Herkunftsländern. Das heißt, eine Frage, die hätte man auch anders entscheiden

können. Wir sind auch im heutigen Blick der Meinung, dass diese Frage – Verlängerung, Nutzung der Kernenergie in der Krise – anders hätte entschieden werden müssen.

**Zurheide:** Jetzt kommen wir zum Schluss noch mal auf was anderes. Gestern hat der Minister – das war dann sein Versuch der Vorwärtsverteidigung – gesagt, immerhin kommen inzwischen 56 Prozent – wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe – des Stroms aus regenerativen Quellen. Ist das eine Erfolgsmeldung, wo Sie mal sagen, gut so?

**Jung:** Ja. Das ist eine Erfolgsmeldung, die übrigens aufbaut auf dem, was wir auch vor 2021 geleistet haben. Die 56 Prozent sind ja jetzt nicht in zwei Jahren entstanden. Da kommen wir voran. Gestern gab es das Solarpaket. Da gibt es Schritte voran. Es gibt allerdings auch noch offene Fragen. Wir brauchen eine ganz klare Priorität für Doppelnutzung, für Agri-PV, für schwimmende PV, für Parkplatz-PV. Da werden jetzt Schritte gemacht, aber es werden die rechtlichen Hürden nicht umfassend abgeräumt. Und man muss auch sagen, es ist gestern ja dann das Klimaschutzgesetz entkernt worden. Dem wird die Verbindlichkeit genommen, und zwar die der Gesamtverantwortung. Da wird viel über Sektorenziele diskutiert. Da gab es auch schon vorher Flexibilität. Die wird jetzt erleichtert. Der entscheidende Rückschritt ist aber die Entkernung durch die Wegnahme der Nachsteuerungspflicht insgesamt. Die Ampel hat sich da gestern einen Freibrief ausgestellt.

**Zurheide:** Was würde die Union da anders machen, zum Beispiel im Verkehrsbereich? Welche Vorschläge hätten Sie, dass der Verkehrsbereich, der ja da ein wesentliches Problem darstellt, dass der Verkehrsbereich die Ziele wirklich auch einhält? Sind Sie für ein Tempolimit zum Beispiel?

**Jung:** Man könnte die Biokraftstoffe stärken. Man könnte die Schnellladesäulen mit einem starken Programm voranbringen. Man könnte im Bereich klimafreundliche Lkw Dinge voranbringen. Man könnte im Bereich klimafreundlichen Schiffsverkehr Dinge machen. Man müsste die Batterieforschung stärken. Der Minister und die jeweilige Regierung haben da wirklich alle Möglichkeiten, Dinge voranzubringen. Der Punkt ist aber ja, dass Volker Wissing sich geweigert hat, überhaupt ein Programm vorzulegen und dann erklärt hat, jetzt drohen Fahrverbote. Das sei jetzt quasi der einzige Weg

noch irgendwas machen zu können. Die haben nie gedroht. Die Regierung hätte viele Möglichkeiten, die Dinge voranzubringen. Stattdessen wurde die Batterieforschung drastisch gekürzt, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion der Umweltbonus abgeschafft. Und in anderen Dingen geht es ja auch in die falsche Richtung. Das ist der Punkt. Niemand erwartet, dass über Nacht Ziele erreicht werden können, wo eine Lücke entstanden ist. Aber das war die Erfahrung aus dem Jahr 2019. Es darf nie wieder sein, dass sich eine Lücke immer weiter aufbaut und sie dann nur noch schwerlich geschlossen werden kann. Und deshalb dieses Prinzip, wenn es eine Lücke gibt, dann muss man sie schließen mit Maßnahmen, die auch jetzt schon über die Sektoren hinweg möglich sind. Aber genau dieser Punkt, der wird jetzt geschliffen und das ist der entscheidende Rückschritt.

**Zurheide:** Das war ein interessanter Hinweis an den FDP-Parteitag, Ihren Wunschkoalitionspartner. Herr Jung, ich bedanke mich ganz herzlich für das Gespräch heute Morgen, danke schön.

**Jung:** Danke Ihnen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*